

*Die Führung der FARC-Partei hat sich mit einem Brief an den UN- Sicherheitsrat gewandt. Hierüber berichtet das Magazin EL ESPECTADOR am 12.2.2019:*

### **Brief der FARC an den Sicherheitsrat löst neuen Konflikt mit der Regierung aus**

Die Führung der früheren FARC-Guerrilla richtete ein Schreiben an den UN- Sicherheitsrat, in welchem sie für dessen Unterstützung des Friedensprozesses durch seine Überwachung der Umsetzung dankt und worin sie ihn auffordert, bisher nicht erfüllten Teilen des Abkommens nachzugehen, z.B. dem Nationalen Politischen Pakt, der eine Wiederholung der Gewalttätigkeiten ausschließen soll. „Wir haben mit Enthusiasmus davon Kenntnis genommen, dass Sie die „kritische Chance zur Konsolidierung des Friedens“ hervorgehoben haben und wiederholt betonten, welche Bedeutung das Ende des bewaffneten Konflikts mit der FARC hat“, signalisiert die nach dem Friedensschluss gegründete politische Partei.

Auch dankt die FARC für die Anmerkungen, die der Sicherheitsrat in seiner Verlautbarung vom 24. Januar machte, und sie hebt hervor, dass diese Anmerkungen noch mehr zum Frieden verpflichten. „Wir teilen Ihre große Besorgnis über die noch immer stattfindenden Morde an Führern sozialer Bewegungen, mit sieben bewiesenen Fällen seit dem 1. Januar 2019. Wir stimmen der von Ihnen veranlassten Einberufung Nationalen Kommission für die Garantien der Sicherheit zu, die mit dem Friedensabkommen eingerichtet wurde, und wir teilen Ihre Ablehnung „der fortgesetzten Tötung von Ex-Mitgliedern der früheren FARC““, wird hinzugefügt.

Ebenfalls dankt die frühere Guerrilla dem internationalen Gremium für seinen Aufruf zur Respektierung der Übergangsjustiz und der Wahrheitskommission. Auch wird das Schreiben dazu benutzt, die Bindung der FARC an jene Bestimmungen des Friedensabkommens zu betonen, die noch im Sicherheitsrat ruhen, besonders die eines Nationalen Politischen Paktes, wie er im Friedensabkommen steht und dessen Ziel es ist, alle aktiven Kräfte der kolumbianischen Gesellschaft dazu einzuladen, „den Frieden aufzubauen, die Gewalt zurückzuweisen und diesbezügliche Vereinbarungen zu schließen“, heißt es in dem Schreiben.

„Heute nehmen wir das Mandat an, als frühere bewaffnete Kraft uns als heutige Partei zu verpflichten auf Frieden und Demokratie. Wir scheuen keine Anstrengung, diesen unseren Auftrag vorzubringen. Wir laden die nationale Regierung ein, diese Verpflichtung als die ihre anzuerkennen. Gleichwohl, mit oder ohne diese Anerkennung, haben wir durch unsere Unterschrift unter die Vereinbarungen von Havanna die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, aus Kolumbien ein größeres, gerechteres und freieres Land zu machen und daher machen wir uns sofort daran, Punkt 3.4.2 des Abkommens Realität werden zu lassen, den Sie zum Wohl Kolumbiens honoriert haben“.

Das Schreiben der FARC provozierte die Reaktion der Regierung, die erklärte, den Standpunkt der FARC nicht zu teilen. „Ich teile nicht die Interpretation der FARC-Partei in ihrem Schreiben an den UN-Sicherheitsrat, mit der versucht wird, das Abkommen nur darauf zu reduzieren, keine Waffen mehr in der Politik einzusetzen“, erklärte Emilio Archila, Berater des Präsidenten in Sachen Umsetzung und Konsolidierung des Abkommens, der im Folgenden das Schreiben zurückwies und versicherte, die Ex-Guerrilla wolle glauben machen,

zur Implementierung von „Punkt 3.4.2 , der vom Nichtgebrauch von Waffen in der Politik handelt, könne man sich auf Absichtserklärungen beschränken“.

Bezüglich der Sicherheit früherer Kämpfer unterstrich Archila, dass weiterhin Garantien bestünden für jene, die in der Legalität lebten und vor allem für die Mitglieder der Partei. „Neben vielen weiteren Aktionen in dieser Hinsicht, verfügt die Regierung bereits über einen Sicherheitsplan für die Wahlen (Kommunal- und Departementswahlen, A.d.Ü) im Oktober, wie sie dies in der Sitzung der Nationalen Kommission für die Sicherheitsgarantien erklärt hat, und beim Runden Tisch, an dem auch die FARC beteiligt ist, wurde begonnen, besondere Sicherheitsmaßnahmen für ihre Kandidaten zu entwickeln, die man präzisieren wird“, führte der Beamte aus.

Diese Meinungsverschiedenheit auf internationaler Ebene zwischen Regierung und FARC brachte die Regierungsvertreter im Ausschuss zur Fortführung und Umsetzung des Parlaments dazu, die Sitzung zu verlassen mit dem Argument, sie müssten den Inhalt des Schreibens der FARC studieren.

„Unerhört! Die Regierung will der FARC-Partei einen Maulkorb umhängen!“, waren Reaktionen der Politiker, die die Aufhebung der Ausschusssitzung kritisierten, die unter dem Vorwand erfolgte, die Politiker hätten keine Genehmigung zu einer Pressekonferenz zum Thema des Schreibens der FARC an den UN-Sicherheitsrat eingeholt. „Vergessen sie, dass wir Teil des Friedensabkommens sind?“, entgegnete Senator Julián Gallo.